

BASis Info 6/2017

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

02.06.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,
die Nachricht der schweren Erkrankung von Ministerpräsident Erwin Sellering zu Wochenbeginn war einer dieser Momente, in denen das sonst so allgegenwärtige Politikgeschäft im Hintergrund verschwindet. Ich wünsche ihm viel Kraft und hoffentlich gute Genesung. Respekt aber auch an Martin Schulz: Der SPD-Vorsitzende hat sich am Dienstagvormittag in seinem ersten Statement komplett auf das konzentriert, was in solchen Momenten wirklich zählt und nur über Erwin Sellering gesprochen. Das ist einfach ein guter Stil. Und trotzdem hat die SPD noch am gleichen Tag schnelle und klare Personalentscheidungen getroffen.

Nur einen Tag später riss eine Bombe mitten im Diplomatenviertel von Kabul mindestens 90 Menschen in den Tod. Wer die Bilder der Botschaftsruine gesehen hat, kann bei Afghanistan nicht von einem sicheren Staat sprechen. Deshalb müssen Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt werden. Nach einer Sondersitzung gestern Abend hat unsere SPD-Bundestagsfraktion daher der Union einen Änderungs-

antrag abgerungen. Bis zur Vorlage einer neuen Lagebeurteilung gilt ein Abschiebestopp. Ausnahme: freiwillige Rückkehrer, schwere Straftäter, terroristische Gefährder sowie Menschen, die ihre Identität verschleiern. Natürlich auf Basis einer Einzelfallprüfung. Klar ist aber auch: Einzelfallprüfungen und vor allem Abschiebungen selbst müssen umsichtig und dem nötigen Fingerspitzengefühl vorgenommen werden. Wenn eine 14-jährige Schülerin vor den Augen ihrer MitschülerInnen aus dem Klassenraum geholt wird, ist das Vorgehen der Behörden mit „unsensibel“ viel zu harmlos beschrieben. Dieses Vorgehen hat auch mich entsetzt. Deshalb habe ich bereits dem Steinbart-Gymnasium angeboten, dass ich gerne zum persönlichen Gespräch in die Schule komme. Vielleicht finden wir ja noch einen Strohalm. Ich finde: Wer hier geboren ist, so viele Jahre hier lebt und so gut integriert ist, muss bleiben dürfen. Dieser Fall zeigt auch: Wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz.

Außerdem haben wir in dieser Sitzungswoche haben wir im Deutschen Bundestag ein weiteres Rentenpaket (u.a. mit der Stärkung der Betriebs- und Erwerbsminderungsrenten) be-

schlossen und mit der Reform der Bund-Länder-Finzen das größte Gesetzgebungspaket dieser Legislaturperiode verabschiedet. Für Duisburg besonders wichtig: das 3,5 Milliarden Investitionsprogramm für Schulen in finanzschwachen Städten. 1,1 Milliarden werden allein nach NRW fließen. Dafür hat sich die SPD lange eingesetzt. Jetzt muss die neue NRW-Landesregierung zeigen, dass sie im Sinne des Bundes handelt und das Geld wirklich in Duisburg ankommt.

Die SPD hat die NRW-Landtagswahl verloren. Keine Frage. Keine Ausreden. Die Fehler, die gemacht wurden, müssen wir aufarbeiten. Beim Landesparteitag am 10. Juni in der Mercatorhalle werden wir Mike Groschek und Svenja Schulze mit starker Mehrheit ausstatten. Wir brauchen gerade jetzt Erfahrung und klare Ansagen. Unabhängig vom Wahlausgang: Danke an alle WahlkämpferInnen und herzlichen Glückwunsch an die gewählten Duisburger Landtagsabgeordneten. Bei der Bundestagswahl holen wir uns NRW zurück.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Reform der Bund-Länder-Finzen

Der Bundestag hat heute das Gesetzespaket zur Reform der Bund-Länder-Finzen beschlossen. Eine Kurzfassung meiner Persönlichen Erklärung nach § 31 GO finden Sie hier, die Langfassung auf www.baerbelbas.de.

„Der Deutsche Bundestag stimmt heute über die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab. Im Parlamentarischen Verfahren ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, wichtige Änderungen am ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf durchzusetzen: Aus SPD-Sicht war in dem Regelungspaket von Anfang an die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses zu begrüßen. Für fast eine Million alleinerziehender Eltern und ihrer Kinder stellt es einen wichtigen Fortschritt dar, dass berufstätige Alleinerziehende, bei denen das unterhaltspflichtige Elternteil seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, eine Erweiterung des Anspruches auf staatliche Unterstützung erfahren. Die Altersgrenze wird von jetzt 12 Jahre auf 18 Jahre angehoben und die zeitliche Befristung von maximal sechs Jahren abgeschafft. Dieses wird auch in Duisburg dazu führen, dass Alleinerziehende die Doppelbelastung von Job und Kinderbetreuung besser bewältigen können.

Ein großer Erfolg ist auch das Aufbrechen des Kooperati-

onsverbotes im Bildungsbereich. Der Bund wird in die Lage versetzt, 3,5 Mrd. Euro für Bildungsinvestitionen in finanzschwachen Kommunen bereitzustellen. Diese Investitionen werden auch Duisburgs Schulen zu Gute kommen.

In der Fassung des Regelungspaketes, die in erster Lesung im Parlament beraten wurde, haben sich die Länder in Artikel 90 des Grundgesetzes verpflichtet, u.a. die Verwaltung der Bundesautobahnen an den Bund zu geben. Ferner war vorgesehen, dass der Bund sich dafür einer Gesellschaft privaten Rechts bedienen könne. Bereits in dieser Fassung war geregelt, dass das Eigentum des Bundes an den Autobahnen und Bundesstraßen unveräußerlich ist. Allerdings befürchteten viele BürgerInnen in diesem Zusammenhang, dass private InvestorInnen über eine Beteiligung an der Gesellschaft zumindest mittelbar eine Privatisierung durch die Hintertür erreichen könnten. Die Verlautbarungen aus Bundesfinanzministerium und Bundesverkehrsministerium verstärkten diesen Verdacht. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und der Bundesrechnungshof kritisierten das Vorhaben scharf. Die Gewerkschaft ver.di problematisierte insbesondere Fragen beim Personalübergang.

Nach wochenlangen Verhandlungen liegt nun eine Er-

gänzung des Verfassungstextes vor, der eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Privater an der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften ausdrücklich ausschließt. Dem Engagement der SPD-Bundestagsfraktion ist es zu verdanken, dass somit alle Hintertüren für eine mögliche Privatisierung in der Verfassung selbst geschlossen worden sind. Zudem ist es gelungen, dass alle wechselbereiten Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen der Länder vom Bund übernommen und grundsätzlich dort eingesetzt werden, wo sie bisher arbeiten. Die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft ist verpflichtet, Tarifverträge für alle Beschäftigten abzuschließen.

Darüber hinaus werden in der Debatte sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) problematisiert. Die Partnerschaften gibt es bereits. Doch selbst in diesem Bereich konnte nun durch das parlamentarische Verfahren eine Verbesserung erreicht werden: Erstmalig werden in unserer Verfassung ÖPP für ganze Streckennetze oder wesentliche Teile explizit ausgeschlossen. Damit wird im Grundgesetz selbst ein klares Zeichen gegen die Ausweitung von ÖPP gesetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion hätte sich eine noch weitergehende Regelung gewünscht. Dies war jedoch mit der CDU/CSU-Fraktion nicht möglich.“



Ministerin Andrea Nahles zu Besuch in Duisburg

Im Mai habe ich mit Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles den sozialen Möbelservice in Hochfeld besucht. Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Mahmut Özdemir, den Landtagsabgeordneten Frank Börner und Rainer Bischoff haben wir uns diese Einrichtung der gemeinnützigen Gesellschaft für Beschäftigungsförderung angesehen, eine Werkstattführung gemacht und das Gespräch mit den Menschen gesucht.



Auf das THW ist Verlass: Mit Christine Lambrecht (Vizepräsidentin der THW-Bundesvereinigung und 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion) habe ich das THW in Duisburg besucht und einen spannenden Nachmittag erlebt. Besonders bei der Übung der Höhenrettung war ich sehr froh, beim THW in guten Händen zu sein. Oder wie es Christine formuliert hat: „Meine Kollegin Bärbel Bas kann sich gut hängen lassen.“



Was an gut erhaltenen Möbeln häufig auf dem Sperrmüll landet, findet hier schnell einen neuen Besitzer. Die Einrichtung bildet eine enorme Stütze für Hilfebedürftige und ist deshalb in meinen Augen ganz besonders wichtig. Ein starkes Beispiel für einen Sozialen Arbeitsmarkt, den wir in Duisburg besonders gut gebrauchen können. Andrea Nahles setzt sich gemeinsam mit uns in Berlin dafür ein, um insbesondere Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive aufzuzeigen.



Mit einem Eis dankte die **AWO Duisburg** 120 EhrenamtlerInnen für ihren großen Einsatz. Oberbürgermeister Sören Link und ich haben uns diesem Dank gerne angeschlossen.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.06.: 60 Jahre BG Klinikum Duisburg+++

+++14.06.: Vorstellung SPD-Regierungsprogramm+++

+++24.06.: Sommerfest AWO Lene Reklat+++

+++11.06.: Rhein-Ruhr-Marathon+++

+++17.06.: Diskussion „Hören wir einander noch zu?“+++

+++Weitere Termine:
www.baerbelbas.de +++



Neues zum Schluss



Jugendpressetage



Mit den „Jugendpressetagen“ bietet die SPD-Bundestagsfraktion SchülerzeitungsredakteurInnen einen Blick hinter die Berliner Kulissen. In diesem Jahr hatte ich Justin Hildebrandt eingeladen. Ich bin jetzt schon gespannt auf seinen Bericht für die Schülerzeitung der Heinrich-Heine-Gesamtschule.

Jugend und Parlament

Jugendliche aus ganz Deutschland schlüpfen bei „Jugend und Parlament“ in die Rolle von fiktiven Abgeordneten und simulierten den Weg der Gesetzgebung. Aus Rhein-

hausen hat Dennis Milchereit an diesem spannenden Planspiel teilgenommen und wir haben uns direkt vor dem Plenarsaal getroffen und ausgetauscht.



Mein Tagebuch



Starke Duisburg-Fraktion bei der Personal- und Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion: Die DVG-Betriebsräte Karl-Heinz Staniewski, Michael Wischnewski, Volker Rayen und Georg Fromm haben waren dabei. Das war ein klasse Austausch, vielen Dank für Euren Einsatz.

Seit 2012 gibt es den Tag der Kinderbetreuung, um einfach mal DANKE zu sagen. Ich freue mich, dass die Initiative aus Duisburg stammt und ich von Anfang an als Unterstützerin dabei bin. Mehr zum Tag der Kinderbetreuung lesen Sie hier: <http://www.rundum-kita.de>.

Und klar ist auch: Wenn ich nach der nächsten MSV-Aufstiegsfeier wieder nach Berlin muss, dann hoffentlich im weiß-blauen Flieger.



Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607